Die Anfänge der öffentlichen Betriebe der Stadt Basel

Autor(en): Paul Speiser
Quelle: Basler Jahrbuch
Jahr: 1933

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/551bc7-4609-4494-8338-57fae2e54d83>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Die Anfänge der öffentlichen Betriebe der Stadt Basel.¹⁾

Von Professor Paul Speiser.

In der Zeit meiner Jugend, die allerdings recht weit zurück liegt, war unsere Stadt mit Öllaternen beleuchtet, so spärlich, daß man bei Ausgängen in der Dunkelheit große Handlaternen benützte, wie sie vor der Zeit der Stadtbeleuchtung obrigkeitlich vorgeschrieben waren. Im Hause brauchte man Lichter und Lampen, die täglich zu reinigen waren.

Das Trinkwasser stand an den zahlreichen öffentlichen Brunnen zur Verfügung, aber nicht in den Häusern, sofern sie nicht eigene Brunnen besaßen, die aber öfters nur Sodbrunnen waren; innerhalb des Hauses und in der Küche mußte das Wasser am Morgen zum Tagesgebrauch bereitgestellt werden; dazu dienten besonders die schönen kupfernen Zuber, die jetzt als Antiquitäten geschätzt werden.

Anfangs der fünfziger Jahre kam die erste Droschkenanstalt zustande; bis dahin diente das „Stadtgefährt“ am Heuberg auf vorherige Bestellung zur Ausführung der notwendigen Fahrten, die allerdings wegen der Kleinheit des Stadtgebietes kein starkes Bedürfnis waren. Daneben bildeten die zahlreichen Zweispännerprivatequipagen eine anerkannte Auszeichnung unserer Stadt und wohl den einzigen Luxus der Begüterten.

Alles das ist im Lauf von fünfzig Jahren gründlich anders geworden, in der Hauptsache infolge der Einführung des

¹⁾ Vortrag, gehalten an der 60. Stiftungsfeier der Basler statistisch volkswirtschaftlichen Gesellschaft, 26. September 1931.

Gasess, der Wasserversorgung, der Elektrizität und der Straßenbahnen von seiten der öffentlichen Verwaltung.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die Anfänge dieser Entwicklung zu betrachten, und wenigstens den Jüngeren in unserer Gesellschaft einiges ihnen Unbekannte zur Kenntniss zu bringen. Dabei soll, wie es sich für den heutigen Festanlaß paßt, auf wissenschaftliche Erörterungen verzichtet und im bloßen Tone der Causerie gesprochen werden, dies um so mehr, als vor nicht langer Zeit unsere Gesellschaft von den Leitern der öffentlichen Werke selber Darstellungen ihrer Leistungen entgegennehmen durfte, von denen namentlich die Mitteilungen unseres Herrn Gas- und Wasserdirektors Thoma über das Gas- und Wasserwerk hervorzuheben sind.

Das Gaswerk.

Im Jahre 1844 machten einige Basler Geschäftshäuser beim Stadtrat die Anregung zur Einführung der Gasbeleuchtung in der Stadt; Basel hatte seit einer gewissen Reihe von Jahren die Beleuchtung durch Ölaternen genossen, während beispielsweise Bern und Mülhausen bereits zur neu erfundenen Gasbeleuchtung übergegangen waren.

Der Stadtrat beschloß, auf den Gedanken einzutreten, doch machte ihm die Frage des Betriebes Bedenken; er war bereit, ihn auf eine gewisse Zeit einem Unternehmer zu überlassen, zweifelte aber daran, daß die Stadt später die Gasbeleuchtung, also den Betrieb der Industrie der Gasbereitung auf eigene Rechnung zu übernehmen in der Lage sein werde; man könnte das leicht „als mit der sonstigen Wirksamkeit ihrer Verwaltung nicht vereinbar finden“. Der Etatisierungsgedanke war in jener Zeit noch nicht entwickelt.

Der Bericht der Delegierten zur Vorberatung der Angelegenheit ging im Juni 1847 ein. Die Delegierten empfahlen den Abschluß eines Vertrages mit einem Unternehmer auf die Dauer von 20 Jahren, ohne einen formulierten Vertrag vor-

zulegen. Der Stadtrat beschloß aber — offenbar mit Rücksicht auf die damalige unruhige politische Lage —, die Sache auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben.

Erst im Anfang des Jahres 1850 kam die Sache wieder in Fluß, und zwar durch eine Eingabe von Privaten, diesmal von dem bekannten Ingenieur Dollfus von Mülhausen in Verbindung mit einer Anzahl hiesiger Geschäftshäuser. Es wurde die konzessionsweise Überlassung von Bau und Betrieb an eine Aktiengesellschaft auf die Dauer von 25 Jahren mit Vorbehalt des Rückkaufs seitens der Stadt schon nach sechs Jahren gegen Rückzahlung des Aktienkapitals mit 20% Agio in Aussicht genommen. Der Stadtrat lehnte den Vorschlag, so wie er gestellt war, zunächst ab, und es ist besonders interessant zu vernehmen, wie sich sein Bericht von 1850 über die Gedanken der Konzession und der Aktiengesellschaft ausspricht; der Stadtrat sagt:

„Dieses System der Konzession an einen Unternehmer hat zwar auf den ersten Blick für die Behörde vieles Empfehlende. Ihre Mühevalt scheint sich darauf zu beschränken, zu sehn, daß die von dem Unternehmer eingegangenen Verpflichtungen getreu erfüllt werden. Es müssen keine öffentlichen Gelder für die Gasanlage verwendet werden und die Ausgabe für die Straßenbeleuchtung ist im Voraus bestimmt.“

„Allein diesen Vorteilen gegenüber zeigen sich bedeutende Nachteile. Durch die Beseitigung aller Konkurrenz läßt sich nur zu leicht ein Gewerbe verleiten, sich Nachlässigkeiten zu Schulden kommen zu lassen oder die Preise seiner Produkte möglichst hoch zu halten. Es hat auch die Erfahrung an vielen Orten so bedeutende Übelstände herausgestellt, daß die Gemeinden sich genötigt sahen, mit großen Opfern das Gasgeschäft an sich zu ziehen. Es haben sich auch meistens die zum Schutze der Behörden aufgestellten Bedingungen, um den gerügten Übelständen abzuhelfen, in ihrer Anwendung als unzureichend gezeigt.“

„Wir bemerken ferner, daß sich nicht leicht ein einzelner Unternehmer finden wird, der sich durch den voraussichtlichen

Gewinn bewogen sehen wird, für Anlage- und Betriebskosten die ihm zu Gebote stehenden Mittel einem Gasbeleuchtungsunternehmen zuzuwenden; es wird vielmehr das beliebte Mittel der Bildung einer Aktiengesellschaft ergriffen, wobei sich zweierlei Personen vereinigen, der Techniker, der in der Herstellung der Einrichtungen seinen Vorteil findet, und der Banquier, der für das Aufbringen der Gelder und das Placieren der Aktien sorgt.“

„Solche Aktienunternehmen bieten aber für einen guten Erfolg keine hinreichende Garantie dar; es gehen ihnen diejenigen Vorteile ab, die im allgemeinen mit der Privatindustrie verbunden sind, wo das persönliche mit dem Geschäft eng verknüpfte Interesse des Gewerbetreibenden die Hauptgrundlage des Gelingens ist. Die Beteiligung des Aktieninhabers ist in der Regel nicht bedeutend genug, um ihn zu bewegen, sich der Sache mit dem wünschbaren Eifer und der erforderlichen Thätigkeit anzunehmen.“

(Auszug aus dem Ratschlag zu dem zwischen der Stadtgemeinde Basel und Herrn Gaspard Dollfus, Zivilingenieur aus Mülhausen, abzuschließenden Gasbeleuchtungsvertrags.)

Erwägt man, daß Basel erst seit dem Jahre 1847 ein eigenes Gesetz über Aktiengesellschaften hatte und die Zahl der Aktiengesellschaften damals noch minim war, so ist das scharfe Urteil über das Aktienwesen auffallend, und ebenso auffallend und mutig ist die ablehnende Stellung gegenüber dem Konzessionierungssystem.

Das Jahr 1851 brachte nun die entscheidenden Beratungen, Verhandlungen und den Vertragsabschluß.

Der Stadtrat entschloß sich, die Frage durch den Abschluß eines Pachtverhältnisses und nicht durch Konzession zu lösen, und die Pacht nicht einer Aktiengesellschaft, sondern direkt dem Herrn Ingenieur Dollfus zu übertragen.

Eine Hauptschwierigkeit hatte die Frage gebildet, ob die Bandfabrikation, die ja damals die bedeutendste und erfolgreichste Industrie von Basel bildete, mit Gasbeleuchtung ohne

Schädigung für das Bandprodukt betrieben werden könne. Es waren nämlich die ersten Verhandlungen auf der Basis der bloßen Straßenbeleuchtung geführt worden, und erst im Verlauf der Zeit hatte sich die Überzeugung gebildet, daß die Einbeziehung der Häuser in den Gaskonsum zu einem vorteilhaften Betrieb unentbehrlich sei.

Es wurden darum zwei Verträge mit Herrn Dollfus abgeschlossen; im ersten wurde eine überaus sorgfältige Prüfung der Frage des Einflusses der Gasbeleuchtung auf das Seidenband vereinbart, der zweite Vertrag enthielt für den Fall der günstigen Erledigung dieser Frage die Vereinbarung über Bau und Betrieb einer Gasanstalt durch Herrn Dollfus am Birsig vor dem Steinentor; der Bau sollte auf Kosten der Stadt geschehen, der Betrieb gegen einen Pachtzins, wobei auch die Entschädigung, die seitens der Stadt für die Straßenbeleuchtung zu zahlen war, fixiert wurde. Die Dauer des Pachtvertrages war auf sechs Jahre mit eventueller Verlängerung bis auf zwölf Jahre festgesetzt, mit je einjähriger Kündigungsfrist.

Der Beschluß des Stadtrates datiert vom November 1851; die Vertragsdauer lief zunächst vom 1. Januar 1853 bis 31. Dezember 1858.

Einer besonderen Verständigung bedurfte die Erlaubnis des ungehinderten Passierens des Steinentors zu Tag- und Nachtzeit von seiten des Personals der Gasanstalt.

Der Bau vollzog sich im Jahre 1852 ohne Störung, und in den letzten Tagen dieses Jahres konnten die Basler Familienväter ihre Kinder auf die Straßen führen und ihnen die neue Gasbeleuchtung zeigen.

Im Dezember 1857 war die Frage der Erneuerung des Pachtvertrages auf weitere sechs Jahre zu entscheiden, und der Stadtrat entschloß sich zu der Verlängerung des Vertragsverhältnisses in der Erwägung, daß die Frage noch nicht abgeklärt sei, wie der Betrieb beim Rücktritt des bisherigen Pächters organisiert werden solle. Man scheute sich offenbar noch immer, den Betrieb auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Der Vertrag wurde auf weitere sechs Jahre, also für 1859 bis 1864 erneuert.

Aber schon im Jahre 1860 mußten neue Verhandlungen gepflogen werden; es handelte sich um nicht weniger als um eine vollständige Verlegung der Gasanstalt vom Birfig vor das St. Johanttor an den Rhein; Herr Dollfus hatte sich zur ausschließlichen Produktion von Kohlengas entschlossen und bedurfte auch größerer Räumlichkeiten; es wurde ein neuer Vertrag für die Dauer von acht Jahren (1861—1868) abgeschlossen.

Im Jahre 1867 schlug dann Herr Dollfus eine Verlängerung des Pachtverhältnisses bis 1873 vor; nun aber fand der Stadtrat den Entschluß zu einer völligen Neuordnung des Verhältnisses; auf Grund des geltenden Vertrags kam er zur Aufhebung des Pachtvertrags und zur Übernahme der städtischen Gasversorgung auf eigene Rechnung, und der Übergang trat in Kraft auf 1. Februar 1868, und zwar ohne jede größere Differenz zwischen den bisherigen Vertragsparteien.

Die Leitung der Gasanstalt ging über an den vortrefflichen Ingenieur Gasdirektor Rudolf Frey von Basel, der während seines leider allzu früh abgeschlossenen Lebens — er starb im Alter von wenig über 50 Jahren schon am 3. Mai 1889 — dem Gemeinwesen als Gasdirektor und in manchen andern Stellungen ausgezeichnete Dienste leistete.

Beim Aufkommen der Gasbeleuchtung übertrugen die meisten Städte den Betrieb des Gaswerks an Privatgesellschaften und waren an die bezüglichen Verträge jahrzehntelang gebunden, kamen auch öfters nicht ohne mühsame Verhandlungen zur Übernahme des Betriebes in die eigene Hand. So muß man denn anerkennen, daß unsere Stadtbehörde bei der Lösung der ihr zugefallenen Aufgabe eine glückliche Hand hatte; sie hat von Anfang an den Standpunkt des Eigentümers des Werkes festgehalten und hat nach einer verhältnismäßig kurzen Pachtzeit von 15 Jahren den Eigenbetrieb ohne Schwierigkeiten und ohne Opfer an sich gezogen.

Die finanzielle Entwicklung des Gaswerks war immer gut; und wenn man konstatiert, daß Baselstadt im Jahr 1850, also wenige Jahre vor der Errichtung des Gaswerkes, 30 000 Einwohner zählte, seither aber immer eine regelmäßige starke Bevölkerungszunahme verzeichnete (1860: 40 000; 1870: 47 000; 1880: 65 000 und so weiter bis 1930: 155 000), so ist auch die günstige finanzielle Entwicklung unserer öffentlichen Betriebe ohne weiteres erklärt.

Doch drohte dem Gaswerk in den achtziger Jahren eine sehr gefährliche Konkurrenz mit dem Aufkommen der Elektrizität, und es ist nicht klar, wie es sie bei dem damaligen Stande der Verwendungsmöglichkeiten des Gases hätte erfolgreich bestehen können; denn die Elektrizitätsbeleuchtung bietet doch gegenüber der Gasbeleuchtung Vorzüge in jeder Richtung. Die Verwendung des Gases für andere als Beleuchtungszwecke, also für Kochen und Heizen, kam erst Mitte der achtziger Jahre auf; noch im Jahre 1887 war die Erstellung eines Gaskochherdes in einem neuerbauten Hause ein Gegenstand besonderer Untersuchungen und Beratungen, und in demselben Jahre wurde auch erst die Einführung von kleinen Gaskochherden in neuen Arbeiterwohnungen an die Hand genommen.

Die Verwendung des Gases zu Koch- und Heizzwecken steigerte den Gasverbrauch in ganz ungeahntem Maße; denn während er in den Jahren 1881—1885 10 Millionen Kubikmeter betrug, stieg er in der Periode 1886—1890 über 15 Millionen und erreichte in den fünf Jahren 1911—1915 nahezu 20 Millionen Kubikmeter im Jahr, trotzdem in der gleichen Zeit die Verwendung des Gases zur Straßenbeleuchtung und auch zur Innenbeleuchtung sukzessive fast ganz verschwand. Im Jahr 1930 war die Gesamterzeugung 28 Millionen Kubikmeter.

In den letzten Tagen hatten wir alle Gelegenheit, die neue Gasfabrik zu betrachten und zu bewundern.

Unser Gaswerk hat sich aus seinem bescheidenen Anfang im engen Birsigtal in die Weite der Gelände am Rheinhafen

Kleinhüningen hinausbegeben und besetzt und besitzt nun ein Areal von 14 Hektaren. Es liefert sein Produkt über die Stadt hinaus bis nach Laufen und Rheinfelden.

Die neue Fabrik steht da als ein Muster moderner Technik, welche die Einfachheit des Betriebes mit der Billigkeit zu verbinden weiß und mit größter Arbeitersparnis und Arbeits erleichterung.

Die Wasserversorgung.

Aneas Sylvius hebt in seiner Schilderung der Stadt Basel während des Konzils den Reichtum der öffentlichen Brunnen hervor; „es gibt daselbst“, so schreibt er, „ausgezeichnet schöne Brunnen, denen klares und süßes Wasser entsprudelt; überhaupt sind Brunnen in allen Straßen; selbst Viterbo wird nicht von so vielen Röhren besprengt. Wer in Basel die Brunnen zählen wollte, müßte auch die Häuser zählen.“ Und ein anderer Besucher des Basler Konzils, der venetianische Gesandte Andrea Gattaro von Padua, bewundert die schönen Brunnen auf dem Kornmarkt und auf dem Fischmarkt.

„Die Bedeutung, welche man dem Brunnen als Wasserspender der gesamten Bürgerschaft beimäß, fand ihren beredtesten Ausdruck in dem Schmuck, dessen er sich erfreuen durfte“, so sagt Paul Meintel in dem überaus verdienstlichen Werke über die Schweizer Brunnen, das in eben diesem Jahre erschienen ist und aus dem man ersieht, daß die Städte des Mittelalters auf die prächtige Gestaltung der öffentlichen Brunnenanlagen die größte Aufmerksamkeit wandten, so daß die Brunnenplastik einen Hauptteil der mittelalterlichen Bildhauerkunst darstellt. Die neuere Zeit ist auf diesem Gebiete völlig zurückgeblieben; man darf zwar anerkennen, daß speziell in Basel die alten Brunnen nicht der eigentlichen Verachtung anheimfielen, die so manchem alten Bauwerk auch in Basel den Untergang brachte; aber es fehlte bisher die schöpferische Kraft zur Ausstattang der neuen Quartiere mit eigentlichen

Monumentalbrunnen, wie sie die alte Stadt erfreuen und zieren, fast gänzlich, und es harret beispielsweise der im Jahre 1892 anlässlich der Kleinbaselvereinigungsfeier grundsätzlich beschlossene Kleinbaselerbrunnen noch immer seiner Verwirklichung.

Bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts war das Brunnenwesen in Basel in genügendem Stande; eine Reihe von Quellen aus der näheren Umgebung des Baselgebiets und von Riechen dienten dem Wasserbedürfnis der Stadt ausgiebig.

Nun aber erschien mit der Zunahme der Bevölkerung eine Vermehrung der Wasservorräte wünschbar, und es befasste sich auch Herr Christoph Merian in den letzten Jahren seines Lebens mit dem Plane, seiner Vaterstadt eine moderne Wasserversorgung zu stiften; nach seinem Tod im Jahre 1858 blieb aber der Gedanke unausgeführt.

Im Jahr 1863 sprach sich der Stadtrat zu Handen des Großen Stadtrates in einem einlässlichen Bericht über die Wasserfrage aus; es kamen verschiedene Lösungen in Betracht, Flußwasser oder Quellenwasser. Das weitestgehende Projekt Dollfus und Merian war die Errichtung eines Pumpwerkes zur Benützung des Rheinwassers; dazu trat ein Vorschlag Stehlin-Dobler zu einem Pumpwerk an der Birs zur Benützung des Birswassers; es wurde von gewiegten Fachmännern empfohlen. Doch fanden diese beiden Flußwasserprojekte bei den Behörden keine Zustimmung; man fürchtete insbesondere die Unreinigkeit und den zu starken Temperaturwechsel des Flußwassers und zog die Gewinnung weiteren Quellwassers vor.

In dieser Beziehung kamen in erster Linie die Ungensteinquellen in Betracht; sie befanden sich bereits in den Händen eines Basler Privaten und konnten bald vom Stadtrat erworben werden.

Daneben tauchte aber ein viel größeres Projekt auf, nämlich die Erstellung eines großen selbständigen Wasserwerkes, das alles Wasser im Seewener Tal und im Pelzmühltal

oberhalb Grellingen gewinnen und auf das Bruderholz in ein Reservoir führen wollte, um es in die Stadt und in alle Häuser der Stadt gelangen zu lassen. Es handelte sich mithin um die Erstellung eines ganz modernen Wasserwerkes mit Druckleitung.

Mit diesem Projekte trat ein Konsortium von Privaten vor den Stadtrat und kam um die Konzession ein.

Man darf es dem Stadtrat nicht zu schwer anrechnen, daß er diesem Anerbieten gegenüber nicht so entschieden, wie bei der Gasversorgung daran festhielt, den Behörden den maßgebenden und größtmöglichen Einfluß auf das Unternehmen zu bewahren.

Bei dem neuen Vorschlag handelte es sich um ein Unternehmen, das sich auf dem Gebiete von drei Kantonen, Baselstadt, Baselland und Solothurn, zu betätigen hatte, und es war damals und noch bis zum Inkrafttreten des Schweiz. Zivilgesetzbuches (1. Januar 1912) eine sehr bestrittene Frage, ob ein Kanton im Gebiete eines anderen Kantons Ansprüche nötigenfalls auf dem Expropriationswege durchsetzen könnte; es erschien als rätlicher, eine private Gesellschaft wenigstens vorerst dazwischentreten zu lassen. Auch handelte es sich um ein weittragendes Projekt, dessen finanzieller Erfolg nicht von vornherein sicher war.

Die Konzessionsbewerber verlangten eine Konzession auf 30 Jahre und ein Ausschlußrecht auch gegenüber der Stadt selbst in bezug auf deren eigene Quelleitungen für ebenfalls 30 Jahre. Letzteres Begehren wurde nur für die Anfangszeit bis 1870 bewilligt, die Konzessionsdauer auf 30 Jahre dagegen zugestanden mit Rückkaufsrecht nach 30 Jahren zum 25fachen Betrag der durchschnittlichen Dividende.

Am 29. Januar 1864 genehmigte der Große Stadtrat die Abmachungen mit der neuen „Gesellschaft für die Wasserversorgung der Stadt Basel“. Im Juni 1865 verständigte man sich dann über einen Anhang, worin die Gesellschaft gegen Zahlung von Fr. 200 000.— gewisse Mehrleistungen für die Er-

stellung des Reservoirs auf dem Bruderholz und gewisser Einrichtungen für Hydranten auf sich nahm, und es zeigt die Neuheit der Sache, daß der Ratschlag für notwendig findet, seinen Lesern über das ihnen offenbar noch unbekanntes Wort „Hydrant“ eine ausführliche Belehrung zukommen zu lassen.

Die Ausführungsarbeiten erfolgten im Jahre 1865, die Eröffnung des Werkes fand im April 1866 statt, wo dann der mächtige Strahl des Springbrunnens auf dem Aeschenplatz zum ersten Male in die Lüfte stieg; er war jahrzehntelang eine Zierde der Stadt, mußte aber später den Verkehrsbedürfnissen weichen. Eine Hauptarbeit war die Legung eines eisernen Leitungsröhres im Rhein zur Bedienung von Kleinbasel, da die damals einzige alte Brücke hierzu nicht verwendet werden konnte; dieses Rohr kam an den Harzgraben zu liegen; es wurde nach der Erstellung der Wettsteinbrücke derelinquiert und später gehoben, nachdem es längere Zeit ungebraucht und darum schwach geworden, gebrochen im Rheinbett gelegen hatte.

Der Gesellschaft für Wasserversorgung der Stadt Basel war keine gedeihliche Entwicklung beschieden. Bestand schon von Anfang an in manchen Kreisen eine Abneigung gegen die konzessionsweise Übertragung einer so wichtigen öffentlichen Aufgabe an Private, so nahm im Verlaufe der Ausführung des Unternehmens und der Einrichtung der Wasserversorgung in den Häusern der Widerstand bei den Privaten gegen die Gesellschaft mit Recht und mit Unrecht zu; man beklagte sich über zeitweilige Trübung des Wassers, wogegen die Gesellschaft über mißbräuchliche Vergeudung des Wassers, im Sommer wie im Winter, sich beschwerte; auch war unbefristetmaßen die Gesellschaft nicht immer im Stande, das Wasser in genügendem Maße zu liefern. Auch die Beziehungen zu den Behörden gestalteten sich nicht gut; unter anderem brachte das Aufgraben der Straßen für die Wasserleitung Kollisionen mit dem Gaswerk; und es wurde bald auch von den Behörden die Ansicht ausgesprochen, daß die Überlassung der Wasserversorgung an eine Privatgesellschaft ein Fehler gewesen sei;

und schneller, als man hätte erwarten können, wurden die Behörden, und zwar die Staatsbehörden, zu einer Änderung des Verhältnisses gezwungen.

Es war in gewissem Maße die Wasserversorgung der Liegenschaften selber, die zu einer grundlegenden Umgestaltung der Verhältnisse führte, indem der stark wachsende Wasserkonsum in den Häusern zur Herstellung einer allgemeinen Kanalisation nötigte, die ihrerseits wieder ohne Bestehen einer reichlichen Wasserversorgung nicht denkbar war.

So begannen die Studien der Baubehörden zum Zweck einer allgemeinen Kanalisation, und in ihrem Gefolge die Verhandlungen der Staatsbehörden mit der Wasserversorgungsgesellschaft über Abtretung ihres Unternehmens an den Staat; denn es war klar, daß der Bürgerschaft die Verpflichtung zu einem starken Wasserkonsum, wie ihn die Kanalisation bedingte, nicht auferlegt werden konnte, wenn nicht für möglichst reichliches und möglichst billiges Wasser gesorgt war, und in beiden Beziehungen konnte auf Entgegenkommen von seiten der bestehenden Gesellschaft nicht gerechnet werden.

Die Verhandlungen der Behörden mit der Gesellschaft betreffend vorzeitige Abtretung ihres Unternehmens — nach nicht einmal zehnjährigem Bestand — begannen anfangs der siebenziger Jahre und waren so schwierig, daß der Kleine Rat sich entschloß, gleichzeitig mit der Vorlage des Projektes einer allgemeinen Kanalisation der Stadt Basel die Ermächtigung zur Errichtung einer selbständigen staatlichen Wasserversorgung mittelst einer Rheinwasseranlage beim Großen Räte zu begehren.

Diese Vorlage datiert vom 1. Februar 1875; sie hatte die Wirkung, daß die Gesellschaft zur Wasserversorgung ihre Verkaufsbedingungen erheblich reduzierte, und es kam am 27. Mai 1875 zu dem Großratsbeschuß betreffend die Übernahme der Grellinger Wasserversorgung durch den Staat.

Diesem behördlichen Vorgehen darf der Vorwurf der Gewaltsamkeit wohl nicht ganz vorenthalten werden, und das

Volk hat ja leider solche Gewalttätigkeiten nicht ungerne. Es entbehrt aber nicht einer gewissen Tragik, daß die allgemeine Kanalisation, mit deren baldiger Einführung die präzipitierte Verstaatlichung der Wasserversorgung legitimiert worden war, vom Volk im Jahre 1877 mit großem Mehr verworfen wurde und erst etwa 20 Jahre später ihre gesetzliche Anerkennung fand, nachdem sie allerdings in einzelnen Abschnitten schon lange zur Durchführung auf administrativem Wege gekommen war.

Schon im Dezember 1875 legte der Regierungsrat dem Großen Rat einen Ratschlag betreffend Erweiterung und Verbesserung der städtischen Wasserversorgung vor; sie sollte in der Hauptsache durch die Erstellung eines zweiten Sammelweihers neben dem schon von der Gesellschaft erstellten Weiher ob dem Dorfe Seewen gefunden werden; die Vorlage wurde aber vom Großen Räte zurückgewiesen als offenbar ungenügend; bei dem Beschluß wirkte die immer noch bestehende Abneigung gegen die alte Gesellschaft mit; der Große Rat genehmigte lediglich den Ankauf größerer Landparzellen im Seewener Gebiet, beauftragte aber die Regierung, bezüglich der Anlage eines zweiten Sammelweihers im Unterackertale nochmalige Untersuchung zu pflegen, über die Instandstellung des Seewener Weihers und seines Abflusses Vorschläge zu bringen und endlich die Frage der Grundwassergewinnung für Klein-Basel an die Hand zu nehmen.

Hier taucht zum ersten Male in Verbindung mit der Basler Wasserversorgung das Grundwasser von Kleinbasel auf. Dieser Gedanke, zuerst von Professor Ludwig Rüttimyer erwogen, hatte einen solchen Erfolg, daß er sehr bald alle anderen Projekte zur Verbesserung der Wasserversorgung unserer Stadt aus dem Feld schlug und insbesondere auch das Projekt eines Rheinpumpwerkes für immer verdrängte, das seinerzeit zur Bekämpfung der früheren Wasserversorgungsgesellschaft von der Regierung verwendet worden war, und das noch im Jahr 1878 von politisch namhaften Persönlichkeiten betrieben wurde.

Im Jahr 1880 tat der Große Rat den ersten Schritt auf dem neu gewiesenen Wege, indem er für die Erstellung eines Ergänzungspumpwerkes auf der Waisenhausmatte bei den Längen Erlen und dessen Anschluß an die Grellinger Leitung die nötigen Kredite erteilte.

Es ist bekannt, daß seit nunmehr fünfzig Jahren die gewaltige Vermehrung des Wasserbedarfs unserer Stadt und deren Umgebung ausschließlich vom Kleinbasler Grundwasser bestritten wird.

Die Verwaltung des neuen Wasserwerks wurde mit der Verwaltung des Gaswerks vereinigt und in die Hand des Gasdirektors Rudolf Frey gelegt, und schon Ende 1879 kam das Gesetz zustande, das die Verwaltung der beiden öffentlichen Betriebe in ihren Beziehungen zum Publikum ordnete; in dieser Richtung ist namentlich daran zu erinnern, daß es gelang, den Gebrauch der Wassermesser obligatorisch zu machen und dadurch der bisherigen unkontrollierten und fast unkontrollierbaren Vergeudung des Wassers zu steuern.

Elektrizität.

Ende der achtziger Jahre trat an die Verwaltung die Frage der Einführung der Elektrizität heran.

Man muß zugeben, daß die Basler Behörden es nicht gerade eilig hatten, die Angelegenheit an die Hand zu nehmen; bedeutete sie ja doch in erster Linie eine große Gefahr für das weitere Gedeihen des Gaswerks.

Doch muß auch die besondere Schwierigkeit der Aufgabe in Betracht gezogen werden. Die Tragweite der neuen Erfindung war damals noch nicht bekannt; man sprach zuerst nur von der Erzeugung der elektrischen Kraft für die Beleuchtung, war aber noch nicht sicher, ob für die Verwendung als Kraft selber eine wirtschaftliche Erzeugung möglich sei; namentlich war in den ersten Jahren die Möglichkeit der nützlichen Gewinnung elektrischer Kraft mittelst Wasserwerken noch sehr be-

stritten und wenige Personen wagten daran zu denken, daß eine elektrisch gewonnene Kraft auf eine größere Distanz weitergeleitet werden könne.

Alle diese Fragen wurden erst im Laufe der neunziger Jahre allmählich praktisch abgeklärt; und es mußten auch die Basler Behörden durch alle diese Zweifel mit eigenen und fremden Erfahrungen hindurchgehen.

Man erinnere sich ferner daran, daß die Beschaffung von Wasserkräften für Basel naturgemäß nicht ohne Verhandlungen mit auswärtigen Behörden geschehen konnte, mit Staatsbehörden, die zunächst nicht geeignet und namentlich nicht geneigt waren, in so wichtigen Fragen auf noch so unabgeklärtem Gebiete rasch vorwärts zu gehen.

Demgemäß war das elektrische Pensum der Basler Behörden reich an Mühe und Sorge, an Überraschungen und Enttäuschungen, bis nach 20 Jahren das Ziel erreicht war, als welches Ziel die Eröffnung des Kraftwerkes Augst im Jahre 1910 bezeichnet werden darf.

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 1888 gibt (im Abschnitt über das Gaswerk) folgende Auskunft über die Elektrizitätsfrage: Nachdem konstatiert worden, daß der Gasverbrauch infolge der rasch zunehmenden Verwendung des Gases zum Kochen und Heizen stark gestiegen und darum die Erweiterung der Gasanstalt dringlich geworden, wird gesagt, daß die Verwaltung „trotzdem“ mit den Vorarbeiten für die Einführung des elektrischen Lichtes beschäftigt sei; den Anstoß zu diesen Arbeiten hätten zwei Petitionen vom Dezember 1887 aus der Bürgerschaft gegeben, in denen die Freigabe der Allmend für elektrische Stromleitungen verlangt worden sei; die Regierung habe auf Antrag der Gas- und Wasserkommission diese Petitionen abgewiesen, dagegen die Errichtung einer Zentralstation für Erzeugung von elektrischem Licht durch den Staat in „Bedacht“ genommen, und es sei die Gasdirektion mit der Sammlung des Materials für einen Voranschlag beschäftigt; inzwischen sei die Verwaltung durch

Regierungsbeschluß auch zur Vornahme eines Versuchs über Einführung des elektrischen Lichts im Musiksaal ermächtigt und ein Posten ins Budget 1889 aufgenommen worden für die definitive Beibehaltung dieser Einrichtung, „sofern sie den Erwartungen der beteiligten Gesellschaften entspreche“. Die Vorsicht des Vorgehens und die Unsicherheit in bezug auf den Erfolg ist unverkennbar.

Die obrigkeitliche Verweigerung der Benützung der Allmend für elektrische Installationen der Privaten schnitt nun jede private Initiative zur Anwendung und Ausdehnung der Elektrizität auf dem Kantonsgebiete ab, und man darf fragen, ob der Beschluß überhaupt gefaßt worden wäre, wenn man geahnt hätte, daß er eine mehr als zehnjährige Dauer haben werde. Während dieser Zeit mußte sich das Publikum mit dem Genuß der elektrischen Beleuchtung des Sommerkasinos im Sommer und des Musiksaals im Winter begnügen, worüber im regierungsrätlichen Verwaltungsbericht zehn Jahre lang gewissenhaft berichtet wurde; außerdem versah die öffentliche Verwaltung sukzessive mittelst Spezialinstallationen die Neubauten der Allgemeinen Gewerbeschule, der öffentlichen Bibliothek und des Frauenspitals mit elektrischer Beleuchtung. Die Privaten konnten sich solche nur beschaffen, soweit ihnen die Installation auf eigenem Boden möglich war, und außerdem konnten sich die Besitzer des Häuserblocks zwischen Engulgasse und Hardstraße einerseits, Langegasse und Kapellenstraße andererseits unter Leitung der Elektrizitätsfirma Rudolf Mlioth zu einem kleinen Kraftwerke zusammentun, weil es keine Allmend in Anspruch nahm.

Der Regierungsbeschluß von 1888, der bereits zitiert wurde, spricht von Vorarbeiten für Einführung des elektrischen Lichtes, ohne die Richtung dieser Vorarbeiten zu bezeichnen.

Der Verwaltungsbericht von 1889 konstatiert dann, daß die Konzessionäre einer Kraftanlage in Rheinfelden Schritte zur Verwirklichung ihres Projektes getan hätten; „die weitere Entwicklung dieses Projektes werde lehren, wie die dortige

großartige Anlage für die Beleuchtung unserer Stadt mitbenützt werden könne.“ Hier wird also zum ersten Male die Möglichkeit der Verwendung von Wasserkraften für die Erzeugung von elektrischer Kraft erwähnt, aber immer noch nur für Beleuchtung.

In den folgenden Jahren wird vom Gaswerk die Entwicklung der großen Wasserprojekte verfolgt und Anno 1891 auch erwähnt, daß die Ausstellung in Frankfurt die Möglichkeit der Kraftübertragung auf größere Distanzen gezeigt habe; es wird auch neben Rheinfelden von neuen Projekten in Birsfelden und Laufenburg gesprochen, aber auch 1892 wird Abwarten des Ergebnisses der Studien empfohlen.

Im Sommer 1893 wandten sich nun die Vertreter der Initianten für das Rheinfelder Kraftwerk direkt an den Regierungsrat mit der Offerte, dem Kanton Baselstadt 5000 Pferdekkräfte an der Turbinenwelle des Kraftwerkes pachtweise zur Verfügung zu stellen zur Verwendung im Kantonsgebiete. Der Regierungsrat überwies das Angebot zur Prüfung einer Spezialkommission, in der die bedeutendsten damaligen Sachverständigen vertreten waren; diese Sachverständigen kamen zur Ablehnung des Angebotes, und zwar vor allem mit der Begründung, daß eine Kraftübertragung auf die Distanz von 17 Kilometer zwischen Rheinfelden und Basel viel zu groß sei, als daß ein zuverlässiger und sicherer Betrieb erwartet werden könnte; von einer öffentlichen Verwaltung könnte ein solches Risiko nicht übernommen werden. Das Angebot wurde also abgelehnt auch aus der weiteren Erwägung, daß der Staat nicht wohl sich für die Befriedigung eines öffentlichen Dienstes in ein Pachtverhältnis zu einer Privatgesellschaft begeben könne; man sah damals nicht voraus, daß der Bezug von 5000 Pferdekraften in baldiger Zukunft nur ein kleiner Teil des kantonalen Gesamtbedarfs an elektrischer Kraft sein werde.

Das Kraftwerk Rheinfelden kam dann doch bald als erstes der Rheinkraftwerke in Tätigkeit und hat bekanntlich mächtig

zur industriellen Entwicklung von Badisch-Rheinfelden beigetragen.

In der regierungsrätlichen Expertenkommission war nun von Herrn Ingenieur Vicarino auch ein Projekt zur Sprache gebracht worden, das die so gefürchtete Länge der Kraftleitung ganz erheblich reduzieren sollte. Das Projekt beruhte auf der Idee, durch Erstellung eines Stauwehrs bei den Stromschnellen von Augst und durch Anlage eines kurzen Kanals daselbst eine primäre Wasserkraft zu gewinnen, welche dazu dienen sollte, mittelst Pumpen einer neuen Konstruktion ein gewisses Rheinwasserquantum in einen auf dem linken Rheinufer liegenden Kanal zu heben und einem zwischen Hardwald und Birsfelderhof gelegenen Sammelweiher zuzuleiten; von diesem Weiher aus sollte das Wasser mit bedeutendem Gefäll einer nahe beim Birsfelder Rheinufer projektierten Turbinenanlage zugeführt und erst hier, also unmittelbar vor der Stadt, die Wasserkraft in elektrischen Strom umgewandelt werden.

Dieses Projekt fand zunächst den Beifall der Expertenkommission, und es verband sich Herr Vicarino mit dem Ingenieurbureau Locher in Zürich zu dessen weiterem Studium; es entwickelte sich dann daraus — nach baldiger Abschüttelung des zwar originellen, aber von dem Fortschreiten der Elektrizitätstechnik bald überholten Kanal- und Sammelweiherprojektes bei Birsfelden — das Projekt des Augster Wasserwerkes; es wurde von unsern Behörden zur Konzessionierung erworben, nachdem die mehrere Jahre dauernden Untersuchungen das Projekt in technischer und finanzieller Richtung zur Ausführung reif gestaltet hatten.

Und nun begannen die Bemühungen zur Erwerbung der Konzession, wobei drei Regierungen, Baden, Aargau und Baselland, um ihre Zustimmung begrüßt werden mußten; denn das Bundesgesetz, betreffend Nuzbarmachung der Wasserkräfte, das dem Bund eine Rechtsstellung über den Kantonen in den Wassersachen einräumt, datiert erst von 1916.

Es war wieder ein langer Weg zurückzulegen, und erst

als Aargau Miene machte, die Konzession zu verweigern, entschloß sich der Regierungsrat, seine bisherige Passivität aufzugeben und den Bau einer eigenen Kraftstation auf Basler Boden mit Motorenbetrieb ins Auge zu fassen; sie sollte, wenn später die Frage eines Rheinwasserwerks zu gutem Ende geführt sein werde, als selbständiges Reservewerk verwendet werden können.

Diese Kraftstation an der Voltastraße wurde vom Großen Räte am 22. April 1897 grundsätzlich beschlossen, und am 7. Juli 1898 folgte die Genehmigung der definitiven Bauvorlage und die Bewilligung der Kredite für die Kraftstation und für das Stadtleitungsnetz. Schon Ende 1899 konnte der Betrieb eröffnet werden und entwickelte sich, von der Bevölkerung freudig begrüßt, sehr gut, so daß nur kurze Zeit vom Gaswerk ein Ubersalbeitrag an die Amortisation der Anlage geleistet werden mußte. Aargau ging dann auf Verhandlungen ein. Die Konzessionsverhandlungen für das Wasserwerk Augst führten zunächst zu wiederholten Umarbeitungen des Projektes Locher auf Verlangen von Baden und der beiden Nachbarkantone, so daß erst im Jahre 1900 die abschließenden Konzessionsverhandlungen aufgenommen werden konnten; das endgültige Projekt versprach 17000 Pferdestärken.

Mit Baden bestand schon längere Zeit eine Verständigung des Bundes, wonach die durch Rheinkraftwerke gewonnenen Kräfte zu gleichen Teilen der Schweiz und Baden zu fallen sollten; infolgedessen mußten auch die halben Kräfte des künftigen Augster Werkes zur Verfügung von Baden sein, und es erschien darum als untunlich für Basel, daß es zwar die Kosten des gesamten Kraftwerkes auslegen, aber doch nur die Hälfte der zu gewinnenden Wasserkräfte für sich verwenden könne; nach längeren Verhandlungen kam nun eine Verständigung mit dem Kraftwerk Rheinfelden zustande, kraft dessen dieses als Miterbauer des Augster Werkes auftrat, so daß Basel nur zur Hälfte an dem großen Werk beteiligt blieb. Dieser Vertrag wurde im März 1905 zwischen Baselstadt und

dem Kraftwerk Rheinfelden abgeschlossen, und es bleibt bemerkenswert, daß dieses Kraftwerk, das vor wenigen Jahren erst seinen eigenen Betrieb eröffnet hatte, bereits für eine Vermehrung seiner Kräfte Verwendung hatte.

Das gemeinsame Konzessionsgesuch des Kantons Baselstadt und der Kraftübertragungswerke Rheinfelden wurde im Dezember 1903 bei Baden und den Kantonen Aargau und Baselland eingegeben, und es schien endlich eine rasche Erledigung in Aussicht zu stehen, als anfangs Sommer 1904 im badischen Oberland eine Bewegung zur Verstaatlichung aller Wasserkräfte entstand, die die Angelegenheit ins Stocken brachte, da auch Aargau sich wieder zurückhielt, und in Baselland sich das Begehren geltend machte um eine gemeinschaftliche Unternehmung mit Baselstadt oder um die Abtretung eines beträchtlichen Teils der zu gewinnenden Kräfte an Baselland. Diese Schwierigkeiten führten zu neuen Untersuchungen und Verhandlungen, zum Teil unter Leitung des eidgenössischen Departements des Innern. Die badischen Begehren um Verstaatlichung wurden von Baden selbst beseitigt, dagegen führten die Widerstände der Kantone Aargau und Baselland zu Zugeständnissen in Betreff der Abgabe von Kraft an dieselben; es mußten an Aargau 10% der auf seinem Gebiet gewonnenen Kraft, und an Baselland 2000 bis 4000 Pferdekkräfte zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, und so kam endlich im Jahr 1907 die Konzessionierung zustande und es konnte die Ausführung an die Hand genommen werden. Die Gesamtproduktion an Kraft für Baselstadt wurde nach vollem Ausbau des Werkes auf 13200 Pferdekkräfte berechnet, wovon 4000 an Baselland abzugeben waren (den Anspruch Aargaus hatte Rheinfelden übernommen), so daß für Basel netto 9200 Pferdekkräfte blieben.

Der Bau des Kraftwerkes August war Mitte 1912 vollendet: der Einbau einer Schiffahrtsschleuse hatte noch nachträglich viele Verhandlungen gebraucht.

(Im Jahre 1900 betrug die Maximalleistung der Städti-

schen Stromversorgung 554000 Kilowattstunden, im Jahre 1905 3498000, 1910 11000000, 1920 72000000, 1925 92000000 und 1930 142000000.)

Der Licht- und Kraftbedarf Basels hatte bald einen solchen Umfang angenommen, daß er aus den eigenen Werken nicht mehr befriedigt werden konnte und außerkantonale Werke zur Hilfe gerufen werden mußten.

Elektrische Straßenbahnen.

Schon im Jahre 1878 ließ sich das Baudepartement von dem Oberingenieur der Zentralbahn, Herrn Moritz Buri, ein Gutachten über die Anlage von Pferdebahnen in der Stadt Basel erstatten; er kam zum Schlusse, daß nur eine Tramlinie von Bahnhof zu Bahnhof durch die Stadt (Gerbergasse) eine angemessene Rendite ergeben könnte, und daß eine Linie von der Schifflande zum St. Johannotor erst in Betracht kommen könnte, wenn die Stadtlinie deren Defizit decken würde; neben einem Pferdebetrieb könnte ein Lokomotivbetrieb wohl auch in Betracht kommen. Die Bevölkerung betrug damals zirka 65000 Seelen.

Die Regierung gab diesem Gutachten keine Folge, sondern begann die Straßenkorrekturen in der innern Stadt; die Breite der Freien Straße betrug damals an der engsten Stelle beim Fahnengäßlein 5,8 m. Es wurde dann ein Omnibusbetrieb von einem Privatunternehmer aufgenommen, aber mit geringem finanziellem Erfolg.

Im Jahre 1890 erstattete Herr Ingenieur A. Bürkli-Ziegler dem Regierungsrat einen Bericht über die Einführung der elektrischen Straßenbahnen, und im Jahre 1892 nahm die Regierung die Erstellung von elektrischen Straßenbahnen kräftig in die Hand, und zwar mit solchem Eifer, daß schon im Jahre 1893 die Konzession des Bundes perfekt war und im Mai 1895 die erste Linie von Bahnhof zu Bahnhof durch die Gerbergasse (die Falknerstraße bestand noch nicht)

den Betrieb eröffnen konnte. Während noch Anfang der neunziger Jahre der Erfolg des elektrischen Betriebes von Straßenbahnen angefochten wurde, stand schon im Jahr 1893 dessen Superiorität fest, so daß, während manche andere Städte noch Pferdebetrieb hatten, Basel von Anfang an den elektrischen Betrieb nach System Siemens & Halske mit glänzendem Erfolge besaß, wie denn die Tatsache, daß im Laufe des letzten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts alle Städte Europas, ja alle Städte der zivilisierten Welt von Europa bis Australien mit elektrischen Straßenbahnen ausgestattet wurden, eine der glänzendsten Leistungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems darstellt.

Die rasche und großartige Entwicklung der elektrischen Straßenbahnen in unserer Stadt ist bekannt und braucht im einzelnen nicht dargestellt zu werden. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß der Staatsbetrieb der Straßenbahnen nicht verhinderte, daß sie schon im Jahre 1905, also nach zehnjährigem Bestande, von einem Teil des Personals durch einen Streik heimgesucht und geschädigt wurden.

Materiallagerplätze auf dem Dreispiz.

Der jüngste öffentliche Betrieb sind die Materiallagerplätze auf dem Dreispiz; sie datieren aus dem Jahr 1901 und sind entstanden infolge der Weigerung der Zentralbahn, die bereits unter dem Druck der Verstaatlichung stand, für die Bedürfnisse der Stadt in bezug auf größere Lagerplätze umfassend einzutreten; die Zentralbahn wollte solche Lagerplätze nur in kleinem Maße beim St. Johann-Bahnhof erstellen, also am tiefsten Punkte des Stadtgebietes.

Für Lagerplätze war aber der gegebene Raum von unbegrenzter Entwicklungsfähigkeit das prächtige Areal der Christoph Merianischen Stiftung bei St. Jakob und dem Dreispiz, das der Testator im Jahr 1858 seiner Vaterstadt hinterlassen hatte mit der weisen Verfügung der Unveräußerlichkeit, einer

Verfügung, die leider von den bürgerlichen Behörden in der letzten Zeit nicht mehr mit der wünschbaren Energie verteidigt wird.

Es war diesem Verbot der Unveräußerlichkeit zu verdanken, daß das große Areal von der spekulativen Verwendung zur Überbauung zu Privatzwecken noch vollständig verschont war und infolgedessen mehrere hunderttausend Quadratmeter zu Lagerplätzen verfügbar waren. Bei der Betriebsöffnung wurden schon 70 000 Quadratmeter in Benützung genommen; heute sind es über 200 000 Quadratmeter.

Das Verhältnis der öffentlichen Verwaltung zur Merianischen Stiftung ist das einer Pacht auf unbegrenzte Zeit mit revidierbarem Pachtzins, und die Benutzer der Lagerplätze stehen mit der öffentlichen Verwaltung in einem Baurechtsverhältnis. Die Einnahmen der Merianischen Stiftung aus Pachtzins sind von Fr. 35 000.— im ersten Betriebsjahre auf Fr. 135 000.— im Jahr 1929 gestiegen; das Anlagekapital betrug zuerst Fr. 173 000.— und im Jahr 1930 Fr. 610 000.—.

Mit den Bundesbahnen besteht ein Vertrag über die Zu- und Abfuhr der Güter; es dauerte freilich einige Zeit, bis die Verständigung über mehrere Streitpunkte vollkommen war.

Bekanntlich hat der Betrieb der Lagerplätze auf das landschaftliche Gebiet übergreifen und hat in der privaten Freilageraktiengesellschaft eine blühende Ergänzung gefunden.

Es stehen also die Materiallagerplätze den andern öffentlich-rechtlichen Betrieben als jüngster, aber ebenbürtiger Genosse zur Seite.

Zum Schlusse noch einige Worte über die Stellung unserer öffentlichen Betriebe zu der öffentlichen Verwaltung und den Behörden.

In der Schweiz, wie auch in Deutschland, ist die Anschauung zur Geltung gekommen, daß Betriebe, welche die Bedürfnisse der Allgemeinheit zufriedenzustellen haben und die All-

mend in intensivem Maße in Anspruch nehmen, in die öffentliche Hand gehören.

Man darf feststellen, daß bei uns der Betrieb der Werke in der That zugunsten der Allgemeinheit erfolgt, und daß die Behörden die ihnen anvertrauten Interessen der Allgemeinheit in der Oberleitung der Werke erfolgreich gewahrt haben. Dabei sind auch die natürlichen Ansprüche des Fiskus zu ihrem Rechte gekommen, ohne daß von einer Ausbeutung des Publikums hätte die Rede sein können; anderseits hat auch der Große Rat bis jetzt der Versuchung widerstanden, das finanzielle Gedeihen der Werke durch allzugroße Konzessionen an die Konsumenten zu gefährden.

Ein unabgeklärter Punkt ist aber immer noch das Verhältnis der öffentlichen Betriebe zum Personal.

Ich möchte auf diese wichtige Frage heute nicht eingehen, da sie leider zur Zeit noch das Gebiet der Politik, und zwar der Parteipolitik berührt.

So will ich denn mit dem Wunsche schließen, daß die weitere gedeihliche Entwicklung unserer öffentlichen Betriebe durch Konflikte mit dem Personal in Zukunft so wenig als möglich gestört werde. —